

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

14.5.1928 (No. 113)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, bei der Infektion keine Antikliche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbandregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland.) Die Arbeitsmarktlage hat sich trotz des Abflauens des Beschäftigungsgrads in einigen Berufszweigen langsam gebessert. Dadurch konnte sich auch die Arbeitslosenziffer wiederum senken; sie ging bei einer Abnahme der Zahl der Unterstützungsfällen von 1775 in der Berichtszeit vom 3. bis 9. Mai nur unerheblich stärker zurück als in der unmittelbar vorangegangenen Berichtszeit, in der sie 1640 betragen hatte. Am 9. Mai wurden im Landesarbeitsamtsbezirk im ganzen noch 31 991 Unterstützungsempfänger gezählt. Nach Gebieten getrennt entfielen hiervon 6354 (6903) auf Württemberg und Hohenzollern, hingegen immer noch 25 637 (26 863) auf Baden. Nach Unterstützungsgruppen wurden am 9. Mai in Württemberg 4621 Arbeitslosen- und 17733 Krisenunterstützungsempfänger, in Baden 20 385 Arbeitslosen- und 5252 Krisenunterstützungsempfänger gezählt.

Die Entwicklung in den Hauptberufsgruppen charakterisiert sich folgendermaßen: Anhaltender, bei weitem nicht zu befriedigender Kräftemangel der Landwirtschaft.

Uneinheitliche Lage in der Industrie der Steine und Erden. Die Entlassung weiterer 40 Arbeiter in einem Steinhauereibetrieb steht bevor; eine verkürzt arbeitende keramische Fabrik mußte zu Entlassungen schreiten.

In den Gruppen Metallverarbeitung und Maschinenindustrie stärkere Nachfrage aus Handwerksbetrieben, jedoch vielfach nur für kürzere Beschäftigungsdauer. Weitere Entlassungen kleineren Umfangs in Großbetrieben der Maschinenindustrie (im weiteren Sinne). Gleichzeitig fortschreitende Aufnahmefähigkeit in verschiedenen Sonderzweigen, vor allem in der Elektroindustrie, in der Werkzeugindustrie und im Bau landwirtschaftlicher Maschinen. In der Uhrenindustrie ist eine Fabrik zur Kurzarbeit übergegangen; im übrigen blieb die Nachfrage dieses Industriezweiges bei weiterhin gutem Auftragsbestand teilweise ungedeckt. Die Porzellan- und Schmuckwarenindustrie ist durchschnittlich gut beschäftigt. In der Gmünder Goldwarenindustrie erfolgten noch einige weitere Einschränkungen, während die Silberwarenindustrie dieses Platzes gleichmäßig beschäftigt blieb.

Im Spinnstoffgewerbe durchschnittlich noch befriedigende Beschäftigungslage bei weiterem teilweisem Abflauen. Ein Betrieb hat 40 Arbeiterinnen gekündigt, ein anderer Heimarbeiterinnen entlassen. Anderwärts guter Auftragsbestand, ja doppelschichtige Beschäftigung, Nachfrage nach Fachkräften wie nach Anlernmädchen. In Sülben (Württemberg) steht die Eröffnung einer Trikotfabrik bevor.

In der Papierindustrie geringfügige Entlassungen in der Kartonagenfabrikation, die durch baldige Unterbringung der Entlassenen in anderen Betrieben desselben Fabrikationszweiges ausgeglichen werden dürften.

In der Lederindustrie uneinheitliche Lage. In der Lederverarbeitenden Industrie einige leichte Belebung der Nachfrage, in Stuttgart Mangel an Karosserieattlern.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe schwach ansteigende Zunahme des Kräftebedarfs, in der Hauptsache in der Möbelschneiderei. Weitere, noch nicht restlos gedeckte Nachfrage nach Modellzeichnern (Arbeitsamt Konstanz); Rückkehr zur Vollarbeit in einer Bürstenfabrik, Stilllegung eines 60 Kräfte beschäftigenden Betriebs desselben Fabrikationszweiges. Guter Geschäftsgang in der Harmonikfabrikation.

In der Zigarrenindustrie Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Einige mittlere und größere Betriebe haben bereits Stilllegungsgenehmigung erhalten.

Im Bekleidungsgebiete noch vermehrte Einstellungen von Schneidern zur Erledigung der Pfingstaufträge. Weitere Betriebsbeschränkungen in der Schuhfabrikation. Der Kräftebedarf des Baugewerbes blieb angesichts der verhältnismäßig geringen Umfanges der Neubautätigkeit unerheblich, wenn er auch gegenüber den letzten Wochen etwas zugenommen hat.

Der Streik der Rheinschiffer hat die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Rheinhäfen beeinträchtigt.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgebiete liefen aus den Götterplätzen Bedarfsmeldungen nicht mehr im bisherigen Umfang ein, nachdem der Personalbedarf offensichtlich größtenteils gedeckt ist.

Letzte Nachrichten

Die Listenverbindungen Baden-Württemberg

WVB, Stuttgart, 14. Mai. (Tel.) Unter dem Vorsitz des Wahlleiters des 16. Wahlkreisverbandes Württemberg, Baden, Ministerialdirektor Dr. Kiefer, trat heute vormittag im württembergischen Innenministerium der Verbandswahlausschuß zur Beschlusfassung über die Zulassung der eingereichten Verbindungen von Kreiswahlvorschlägen zu den Reichstagswahlen zusammen.

Zugelassen wurden die Verbindungsverklärungen zwischen Württemberg und Baden für folgende 12 Parteien: Sozialdemokratische Partei, Deutschnationale, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Kommunisten, Demokraten, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten, Deutsche Bauernpartei, Volksnationaler Block, Volkspartei und Christlich-Soziale Partei. Nicht zugelassen wurde die Verbindung der Alten Sozialdemokratischen Partei, da die Verbindungsverklärung des Vertrauensmanns der württembergischen Liste fehlte, ferner die Verbindung des Reichsblocks der Geschädigten, nachdem ihre Wahlkreisvorschlagsliste in Württemberg zurückgezogen worden ist. Keine Verbindungen haben eingegangen der württembergische Bauernbund, die Grund- und Hausbesitzerpartei und die Evangelische Volksgemeinschaft.

Bayern und die Außenpolitik

WVB, Regensburg, 14. Mai. (Tel.) In einer hier abgehaltenen Wahlversammlung kam Ministerpräsident Dr. Held auch auf die Frage zu sprechen, ob Bayern als Teil des Reiches berechtigt sei, an außenpolitischen Fragen des Reiches teilzunehmen. Er bejahte dies, da es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht Bayerns als Teil des Gesamtreiches sei, an Außenpolitik mitzuarbeiten. Das oberste Gesetz in Politik und Staat sei die öffentliche Wohlfahrt, und der Minister verlege seine Pflicht, der sich um die Entwicklung der deutschen Außenpolitik nicht bemühe. Mit aller Schärfe sprach sich Dr. Held gegen den Antirassismus und gegen den Zentralismus aus. Er betrat die Anschauung, daß jeder einzelne Staat im Reich ein Kulturzentrum darstelle und daß diese verschiedenen Zentren in keiner Weise systematisch von Berlin aus bevormundet werden dürften.

Der neue Fememordprozess in Stettin

Pr. Berlin, 14. Mai. (Tel.) Vor dem Stettiner Schwurgericht begann heute vormittag die Verhandlung gegen die im Wilm's-Prozess zum Tode verurteilten und vor kurzem zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Oberleutnant a. D. Schulz und Feldwebel a. D. Rapproth, sowie gegen den Kaufmann Bohn aus Liegnitz wegen Mordversuchs bzw. Anstiftung und Beihilfe an dem früheren Feldwebel Gaebele.

Antipolnische Demonstrationen in Rowno

WVB, Warschau, 14. Mai. (Tel.) Wie das Regierungsblatt „Epoka“ mitteilt, war die gestern Abend hier eingetroffene polnische Delegation bei ihrer Abreise am Bahnhof von Rowno Gegenstand feindlicher Demonstrationen seitens einer Gruppe junger Leute. Da der Vorsitzende der litauischen Abordnung auf der polnisch-litauischen Konferenz, Valutis, dem polnischen Vorsitzenden Solowko schon am Tage vor der Abreise mitgeteilt haben soll, daß es zu solchen Demonstrationen kommen würde, bejagt die „Epoka“ die litauische Regierung, daß sie sich diesen Kundgebungen nicht widersehen wollte oder nicht widersehen konnte.

Die Besoldungsfrage im Saargebiet

Die Besoldungsfrage im Saargebiet. Die Vertreter der saarländischen Beamtenverbände sind für heute, Montag nachmittag, von der Regierungskommission zu einer Besprechung eingeladen worden. Die Regierungskommission wird Vorschläge über die Regelung der Besoldungsfrage unterbreiten und die Vertreter der Beamtenchaft um ihre Stellungnahme erfragen.

Die „Bremen“-Flieger in Milwaukee

WVB, New York, 13. Mai. Die „Bremen“-Flieger landeten heute nachmittag, von Chicago kommend, wohlbehalten in Milwaukee, wo sie vom Gouverneur Zimmermann und Bürgermeister Swan bewillkommet wurden. An die Begrüßung schloß sich eine Rundfahrt durch die Stadt. Eine große Menschenmenge umgab die Flieger.

Am Montag nachmittag erwartet die Stadt St. Louis die Ankunft der „Bremen“-Flieger und hat ebenfalls umfangreiche Vorbereitungen für ihren Empfang getroffen. Der Abflug der Flieger von Chicago hatte etwa 70 000 Menschen herbeigelockt.

WVB, New York, 13. Mai. Die beiden jetzt in St. Johns (Neufundland) befindlichen amerikanischen Fernflugzeuge, die nach Greenly Island unterwegs sind, um das Flugzeug „Bremen“ zu bergen, werden kaum imstande sein, vor Montag oder Dienstag weiterzufliegen, da einer der Piloten, Leutnant Vairchild, erkrankt ist.

Die Eröffnung der „Pressa“

Am Samstag vormittag wurde die Internationale Presseausstellung Köln 1928 (Pressa) in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Reichs- und preussischen Staatsregierung, anderer Behörden und Vertretern von 45 fremden Staaten sowie des Völkerbundes feierlich eröffnet.

Nach einem musikalischen Auftakt sprach der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Abenauer, Worte herzlicher Begrüßung und betonte, daß das Werk der Presse seinen vornehmsten Sinn darin finde, die Annäherung der Völker und den Geist des Friedens im internationalen Leben zu fördern. Der geschäftsführende Vorsitzende der Pressa, Generaldirektor Esch, gab in großangelegter Rede einen Überblick über den Aufbau der Ausstellung und den Inhalt der einzelnen Abteilungen. Für die preussische Regierung sprach Ministerpräsident Dr. Brauns, der vor allem die bedeutende Rolle der Presse im neuen Staat unterstrich und seine Genugtuung darüber äußerte, daß die Ausstellung in Köln stattfände, auf dem Boden also, der von den Folgen des Krieges in besonders harter Weise heimgesucht worden sei.

Darauf vollzog als Vertreter der Reichsregierung Reichsminister Dr. Brauns den Akt der offiziellen Eröffnung der Ausstellung. Im Anschluß an die Rede unternahm die Festteilnehmer einen Rundgang durch die Ausstellung.

Sonntag abend fand ein Festbankett statt. Der Reichskommissar der Pressa, Reichsminister a. D. Dr. Kuelz, sprach im Auftrage der Reichsregierung und betonte, daß die Ausstellung im Dienste der Erkenntnis stehe, daß die internationalen Verührungspunkte und Zusammenhänge und die internationalen Gemeinschaftsbedürfnisse immer stärker werden.

Der russische Botschafter Krestinski als ältester anwesender Botschafter bezeichnete in seiner Ansprache die Pressausstellung als eine wichtige Etappe auf dem Wege der Entwicklung der internationalen Verständigung. Der amerikanische Botschafter Schurman betonte die Verantwortung der Presse und hob hervor, daß die Ausstellung einen Beweis für den guten Willen einträchtigen Zusammenarbeitens sei. Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond behandelte die Zusammenarbeit zwischen Völkerbund und Presse. Die Presse, so führte er aus, ist der hervorragendste Verbündete des Völkerbundes bei seinen Bestrebungen, die Mission einer friedvollen Zusammenarbeit zum Zwecke der Erhaltung des Friedens zu erfüllen. Die Ausstellung entspreche mit ihrer Wirkung, gegenseitiges Verständnis und bessere Beziehungen zwischen den Völkern zu fördern, dem tiefen, inneren Geiste des Völkerbundes. Der spanische Botschafter gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Ausstellung stets eine Bestätigung der deutsch-spanischen Sympathien sein möge, deren Ausdehnung auf sämtliche verbündete und befreundete Staaten Spanien selbst mit ganzem Herzen ersehne.

Dem Vorsitzenden des Präsidiums der „Pressa“, Oberbürgermeister Dr. Abenauer, und der Ausstellungsleitung sind zur Eröffnung der Ausstellung eine unübersehbare Fülle von Glückwünschen aus allen Teilen des Reiches und des Auslands zugegangen. Außer einem Telegramm Hindenburgs seien noch erwähnt Glückwünsche des Präsidenten des Reichsgerichts, Dr. Simons, des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dörpmüller, des Roten Kreuzes, des Reichsverbandes deutscher Fachzeitschriftenverleger, Berlin, des Vereins der Zeitschriftenverleger, Leipzig, des Deutschen Verlegervereins, Leipzig, des Völkervereins der deutschen Buchhändler, des Internationalen Verbandes der Fachpresse, Paris, des schweizerischen Zeitungsverlegervereins, Telegramme aus London, Paris, Moskau, Prag und Nizza haben die kulturelle Bedeutung der „Pressa“ hervor.

Als erster Glückwunsch zur „Pressa“-Eröffnung ist ein Telegramm des Vorsitzenden des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, an Oberbürgermeister Dr. Abenauer eingetroffen, in dem es heißt: Die Weltkraft des Zeitungswesens ist erwachsen aus Ihrer kraftvollen Initiative, aus dem opferbereiten Mut der Stadt Köln und dem tatkräftigen Zusammenwirken aller in der Presse tätigen Kräfte. Möge die „Pressa“ ihre weltgeschichtliche Mission in vollem Umfange erfüllen, möge sie die Aufklärung über die Aufgaben, die Bedeutung und die Wirtschaftlichkeit der Presse fördern, möge sie vor dem In- und Auslande Zeugnis ablegen für den Hochstand deutschen Geisteslebens und deutscher Kultur und möge sie eine Brücke für die geistige und kulturelle Annäherung der Völker im Sinne gegenseitigen Verständnisses und einer auf Gerechtigkeit beruhenden Befriedigung sein.

Aus dem Autonomistenprozess. In der Samstagssitzung wurde ein Brief verlesen, dessen Verfasser mit dem des gestern verlesenen Schreibens identisch ist, wo von dem Angebot eines halbjährigen Nachrichtenbriefes die Rede war. Der Angeklagte Heil erklärt dazu, daß er sich nunmehr erinnere, daß der Brief von einem damaligen Beamten der Tel.-Union namens Seeger, herühre, dessen Bekanntschaft er 1910 in Straßburg gemacht habe. Rechtsanwalt Jourrier erklärt, daß der genannte Brief sich nicht politisch deuten lasse, auch nicht das angebotene Gratisabonnement.

Neue Wendung im Kolomat-Prozess. In dem Bremer Prozess gegen die Schuhmachersfrau Kolomat, die in erster Instanz wegen Kuppelerei zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden war und der am 5. Juni in zweiter Instanz vor dem Landgericht Bremen erneut zur Verhandlung kommen sollte, hat eine Hauptbelastungszeugin, Frau Kiesner, die nach Holland auswandern will, jetzt erklärt, sie könne die belastenden Aussagen, die sie in der ersten Instanz gegen Frau Kolomat gemacht hat, nicht mehr aufrechterhalten. Das Gericht wird auch nach dieser Richtung hin noch einmal die Voruntersuchung aufnehmen.

Die korporative Kammer in Italien

Der italienische Senat erörterte einen Gesetzentwurf über die Reform der politischen Vertretung. Nach einer Rede Mussolinis wurde der Entwurf mit 161 gegen 45 Stimmen angenommen.

Mussolini erklärte: „Die Verfassung existiert nicht mehr, nicht weil sie verlegt worden wäre, sondern weil das heutige Italien von dem des Jahres 1848 grundverschieden ist.“ Das faschistische Wahlgesetz sei im Grunde eine Folge der im Lande entstandenen Lage und der vom Faschismus verfolgten Doktrin. Das Gewerkschaftssystem stelle die große gesetzgebende Neugier der faschistischen Revolution und ihrer Eigenheit dar. Die Gewerkschaft stehe nicht mehr außerhalb des Staates, noch nehme sie gegen den Staat Stellung, sondern sie stehe mitten im Staate selbst und werde von ihm anerkannt. Dieses Gewerkschaftssystem verteidige daher alle Klassen und Stände. Das Wahlgesetz sei nur die logische und natürliche Folge dieses Gewerkschaftsbaus. Mussolini befruchtete, daß das allgemeine Wahlrecht die Volkshoheit gewähre, da es doch nach Belieben gehandhabt werde. Die Verfassungen könnten revidiert werden, weil keine Generation das Recht habe, die kommende Generation ihren Gesetzen zu unterwerfen. Ewig seien nur die Religionsgesetze.

Nunmehr sprach sich in offener Abstimmung ein gutes Fünftel des Senats gegen die Einführung der sogenannten korporativen Kammer aus, deren Zusammensetzung in Wirklichkeit ganz von der Exekutive abhängt. In der Diskussion führten die beiden Oppositionellen, Albertini und Ruffini, aus, daß die Regierung nunmehr unabsehbar wird und die Krone ihr bisheriges Recht verliert, die Minister einzusetzen und zu entlassen.

Weiterer Vormarsch der Südjapane

Einer Neutermeldung aus Schanghai zufolge befinden sich die chinesischen Truppen auf dem Vormarsch nach Kienlin, wo ihre Ankunft heute erwartet wird. Amerikanischen Meldungen zufolge zieht sich Tschangtschun in die Mandchurie zurück und läßt somit den Südjapane den Weg auf allen Fronten offen. Noch am Samstag hatte der Diktator der Nordregierung bekanntgegeben, daß er entschlossen sei, weiterzukämpfen, wenn die Südjapane nicht sofort in sein Friedensangebot einwilligten. Doch wurde trotz dieser Bekanntmachung auf allen Fronten der Rückzug fortgesetzt. In Japan befürchtet man einen allgemeinen Aufstand in der Mandchurie, wo sich in den letzten drei Jahren Millionen chinesischer Emigranten angesiedelt haben, deren Sympathien restlos auf Seiten der nationalen Regierung liegen.

WTB London, 18. Mai. (Tel.) Neuter meldet aus Tokio: Die Zeitungen drängen einstimmig auf schnellstmögliche Zurückziehung der japanischen Truppen aus Schantung. — Nach einer Neutermeldung ist Finanzminister von den südjapanischen Truppen geräumt. Japan hat erklärt, daß es sich nicht in die militärischen Operationen in China einmischen wolle.

Reichspräsident von Hindenburg wollte am Sonntag in Hannover, wo er dem Rennen beimohnte.

Besuch Dr. Beneš in Berlin. Der tschechoslowakische Außenminister, Beneš, wird auf der Rückreise von London privatim auch in Berlin ankommen und dabei den Reichsaussenminister Dr. Stresemann besuchen.

Die deutschen Ingenieure betauern ihre Anschuld. Wie aus Moskau gemeldet wird, besuchte der deutsche Botschafter die deutschen Verhafteten im Gefängnis und verbrachte bei ihnen über eine halbe Stunde. Die Gefangenen beklagten auch dem Botschafter gegenüber ihre Anschuld.

Berücksichtigung der Umschulungsrichtlinien. Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Richtlinien für die Maßnahmen des Reiches für Umschulungskredite.

Wegen Aufforderung zum Steuerstreik verurteilt. Der Geschäftsführer Brehmer des mecklenburgischen Landbundes wurde von der Schweriner Strafkammer wegen Aufforderung zum Steuerstreik zu einer Geldstrafe von 700 M verurteilt.

Georg Kaisers „Oktobertag“ im Badischen Landestheater

Das Schauspielerepertoire dieser Saison wird bis jetzt den Theaterfreunden, der von der Bühne herab Anregung und Genuß erwartet, nicht übermäßig befriedigt haben. Zwei Umstände gibt es, welche diese Unzulänglichkeit des Repertoires mangellos erklären: die Tatsache, daß nur sehr wenig wirklich brauchbare Stücke geschrieben werden, und die andere Tatsache, daß in den letzten Jahren die blühende Wiese der klassischen Dramenliteratur von unserer Theaterleitung völlig abgemäht worden ist. Ferner macht man aber wohl auch hier und da die Beobachtung, daß Stücke, die an anderen Orten großes Aufsehen erregen und für die Beurteilung des zeitgenössischen Dramas und des zeitgenössischen Empfindens irgendeine bemerkenswerte sind, in Karlsruhe nicht aufgeführt werden.

Der Behauptung, daß dabei ganz bestimmte Rücksichten auf Schlichtheit und Anstand mitsprechen, schenken wir keinen Glauben. Denn gerade das am Samstag zum erstenmal aufgeführte Schauspiel „Oktobertag“ von Georg Kaiser basiert auf einem Grundthema, dessen Erörterung eigentlich überhaupt nur in das Ordinationszimmer des Psychiaters oder des Sexualforschers gehört. Auch ein feinsinniger Novellist hätte sich dieses Thema zur Not erwählen können. Und wir wären bei einer tatwollen Darstellung der Dinge der nobilitätlichen Behandlung des Themas sicherlich gerne gefolgt.

Mit diesem Satz sind wir über die kritischen Bedenken, die unser Schauspielerepertoire (und neuerdings auch das Opernrepertoire) hervorrufen muß, bereits ganz von selbst bei dem Stück angelangt, das uns hier zu beschäftigen hat. Man verstehe uns nicht falsch: wir wollen Kaisers „Oktobertag“ gewiß nicht etwa ablehnen, weil darin ein sexualpsychologisches Problem zur Grundlage des dramatischen Geschehens gemacht wird. Wenn unsere zeitgenössischen Bühnendichter und Dramatiker in Wahrheit die geistigen Kämpfe der Zeit — so wie sie sich vor allem in den Debatten und Handlungen der Jugend abspielen — zum Thema nehmen wollten, dann würden sie um eine sehr ausgiebige und hoffentlich auch sehr ernste Erörterung des sexuellen Problems nicht herumkommen. Leider denken aber unsere zeitgenössischen Dramatiker gar nicht daran, sich an diese Dinge heranzuwagen. Wo ihre dem wahren Leben abgewandte, durchaus literarische Weltanschauung einmal auf ein sexuell gefärbtes Problem stößt, da ist es sicherlich nur irgend ein verrückter Ausnahmefall, irgendeine Manifestation seelischer Verbertheit oder hysterischer Überkultur; und ein solcher Ausnahmefall vermag uns und vor allem die Jugend auch dann nicht zu fesseln,

Aus der Wahlbewegung

Roth-Weser in Karlsruhe

Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltete in Karlsruhe am Samstag abend im Konzerthaus eine Wählerversammlung, wobei die ehemaligen Reichsminister Roth und der frühere badische Minister Dietrich, demokratischer Spitzenkandidat für Baden, sprachen. Abg. Dietrich wendete sich gegen das Reichsgesetz, das den Ländern und Gemeinden neue Lasten aufgebürdet hätte und kritisierte die Politik des Reichsfinanzministers Dr. Brücker.

Dr. Roth wies eine Aukerung des deutschen Ministeriums v. Reudell zurück, als habe das deutsche Volk nach dem Kriege außer dem Kaiser das Reich und die Ehre verloren. Das deutsche Volk habe in zehnjähriger Aufbaubarbeit Großes geleistet. Die Führerauslese der parlamentarischen Demokratie habe schon im ersten Jahrzehnt bessere Ergebnisse gehabt als die der Monarchie Wilhelm II.; sie wird sich weiter um so besser gestalten, je länger die Republik sich einlebt. Das deutsche Volk habe in der Zeit schwerster Not treuer zum Reich gestanden, als es je die deutschen Fürsten getan haben. Die Erklärung, das deutsche Volk habe seine Ehre verloren, sei nur als Ausfluß jener tabulierten Auffassung zu verstehen, nach der ein verlorener Krieg ein Volk so lange entehrt, bis es im neuen Kriege Sieger geblieben ist. Der Redner stellt dem Gedanken des Nevanhofkrieges, der für Europa Selbstmord bedeuten würde, die Idee der Verständigung, der Zusammenarbeit der Völker zum Besten aller gegenüber. Er wendet sich gegen die Forderung nach Verneinung der Rechte des Reichspräsidenten, dem schon die Verfassung mit gutem Bedacht mehr Rechte gegeben habe, als sie der Präsident der französischen Republik und der König von England besitze. Nicht die preussische Hegemonie, sondern nur der gegliederte Einheitsstaat könne das Reich aus den Umständen der gegenwärtigen Reichsstruktur hinausführen. Der Einheitsstaat solle keinesfalls zentralistisch sein. Der Redner schloß mit einer Empfehlung der Großen Koalition.

Der Reichswirtschaftsminister in Freiburg

In einer gut besuchten Versammlung in der Festhalle in Freiburg i. Br. sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über schwelende Fragen der Innen- und Außenpolitik. Seine Partei wolle die Staatshoheit über die Schule gewahrt wissen, sie lehne jede konfessionelle Übertriebenheit ab. Der künftige Reichstag habe die Reichsreform zu bringen; auch an einer Änderung des Wahlrechts wird er nicht vorbeikommen. Nach einigen wirtschaftspolitischen Äußerungen kam der Redner auf die Außenpolitik zu sprechen. Die großen außenpolitischen Fragen seien die Revision des Dawesplanes und die Rheinlanddrängung. Über das Ziel seien sich alle Deutschen einig, nur nicht über die Methode. Vorläufig gelte es, den Weg Stresemanns zu gehen. Die Deutsche Volkspartei werde im kommenden Reichstag der Politik der Mitte treu bleiben und jedem, der guten Willens ist, diese Politik mitzumachen, die Hand zur Zusammenarbeit reichen.

Die Christlich-Soziale Reichspartei

hatte als Spitzenkandidat für Baden den kath. Pfarrbewerber a. D. August Lehmann, gebürtig aus Oberharmersbach, aufgestellt. Hierzu wird bekannt, daß Lehmann nachträglich um die Erlaubnis, der Kirchenbehörde zur Annahme der Kandidatur ersucht hat. Der „Badische Beobachter“ ist in der Lage, das Antwortschreiben mitzuteilen. Es heißt darin nach einem Hinweis auf die Bestimmungen des Kirchenrechts u. a.: „Der Herr Erzbischof ist außerstande, Ihnen diese Erlaubnis zu geben, weil Sie die für die Ausübung eines Reichstagsmandats erforderlichen Eigenschaften nicht besitzen. Hiernach ist es Ihre Pflicht, die Agitation um ein Abgeordnetenmandat zu unterlassen, als auch ein solches Mandat abzulehnen.“

Der Reichspräsident und die Deutsche Volkspartei

Auf eine Anfrage aus Nordhausen in Berlin, ob die Deutsche Volkspartei berechtigt sei, sich als „Partei Hindenburgs“ zu bezeichnen, antwortete das Büro des Reichspräsidenten, daß der Reichspräsident der Deutschen Volkspartei nicht angehört und der Vorstand der Deutschen Volkspartei, Kreisverein Nordhausen, nicht berechtigt ist, die Deutsche Volkspartei als „die Partei Hindenburgs“ zu bezeichnen. Der Reichspräsident ist bei keiner Partei Mitglied.

wenn er uns, wie bei Kaiser, in einer glänzenden dramatischen Technik vor Augen geführt wird.

Wenn aber Dichter oder Regie meinen, sie könnten das Publikum dadurch gewinnen, daß sie das perverse Gerücht mit moralischer Sauce servieren, dann haben sie sich schon völlig geirrt. Denn auf eine solche Ethik fallen wir heutzutage nicht mehr herein. Der Theaterbesucher macht es ja schon an und für sich kundig, daß ausgerechnet ein Dramatiker, wie Georg Kaiser, ethischen Jelen nachjagen sollte; und man sieht mit Staunen und Zweifel, daß die Regie in der Tat das Stück rein ins Ethische umgedeutet hat. Die andere Auffassung, nämlich die, daß Georg Kaiser eine Satire schreiben wollte, ist nämlich genau so berechtigt. Und das vielfache Zeitungsdeutsch der Sprache verstärkt diese Auffassung noch. Dann hätte das ganze Stück natürlich in einem viel schnelleren Tempo und in einem ganz andern Stil aufgeführt werden müssen.

Daß es schon rein darstellerisch überaus schwer ist, das Stück im Stile einer wuchtigen Moralpädagogik auf die Bühne zu bringen — mit dem Lehrsatz: „das Seelische ist wichtiger als das Körperliche“ — das wird am besten durch das völlige Versagen der Trägerin der weiblichen Hauptrolle bewiesen. Sowie die Figur der Catherine wirklich ernst genommen wird, muß sie wohl so unerträglich sentimental gespielt werden, wie es tatsächlich geschehen ist.

Und doch handelt es sich hier faktisch nur um eine arme Hysterische, deren Gefühlslichkeit sich eine Auslösung gestattet, die uns den Realitäten nach nur mit Ekel und Widerwillen erfüllen kann, und deren mythische Begründung, wenn wir sie als diskutabel anerkennen, uns nach dem Recensatorium rufen läßt. Tatsache ist und bleibt, daß sich Catherine einem brutalen Schlächtergesellen hingeeben hat. Sie behauptet, sie habe geglaubt, es sei jener Leutnant gewesen, in den sie sich kurz vorher verliebt, und mit dem sie bei einer gemeinsamen Kirchenandacht in der Phantastie bereits die „mythische Union“, also die Heirat vollzogen habe. Der Leutnant weiß übrigens von alledem nichts, er hat die kleine Verurteilung weiter gar nicht bemerkt und wird erst zitiert, als das Kind da ist, die Folge des Zusammenstehens mit dem Schlächtergesellen.

Es versteht sich von selbst, daß wir einer Dame gegenüber höflich sind und ihr durchaus glauben, wenn sie uns das hohe, in seinen Konsequenzen aber doch so fatale Märchen erzählt. Nun gut! Aber dann werden wir ein solches junges Mädchen sofort in die Behandlung eines ausgezeichneten Psychiaters geben und werden, falls wir das Geld dazu haben, eine ganze Schwadron von Hütern engagieren, die dafür zu sorgen haben, daß das peinliche Märchen sich nicht etwa wiederholt.

Badischer Teil

Der Einzelhandel unter dem Steuerdruck

In der ordentlichen Mitgliederversammlung des Karlsruher Einzelhandels am 26. April 1928 zu Karlsruhe, hat nach dem Bericht des „Karlsruher Tagblatts“ vom 4. Mai 1928 Nr. 124 der Leiter der Steuerabteilung der Landeszentrale des badischen Einzelhandels die angeblich erdrückende Belastung des Einzelhandels an Beispielen dargestellt, die in verschiedener Hinsicht zur berechtigten Kritik Anlaß geben.

Dazu wird uns von sachverständiger Seite mitgeteilt: Die vom Vortragenden verwendeten Beispiele waren in verschiedener Hinsicht richtigzustellen. Dazu kommt noch, daß die benannten Beispiele offensichtlich ausgesucht wurden, um eine möglichst ungünstige steuerliche Belastung darzustellen. Bei ihrem atypischen Charakter eignen sie sich daher keineswegs für eine Verallgemeinerung und viel weniger noch für die gezogene Schlussfolgerung über den ganz außergewöhnlichen Steuerdruck beim Einzelhandel. Hierüber ist die Landeszentrale des Einzelhandels von maßgebender Stelle verständigt worden.

Zur Verbesserung des Feuermeldedienstes

Der Reichspostminister hat verfügt, daß fortan alle Postdienststellen des gesamten deutschen Reichsgebietes, einschließlich der Postagenturen und Postfilialstellen, für den Fernsprechverkehr ununterbrochen von morgens 8 bis abends 8 Uhr offen zu halten sind.

Sache der einzelnen Gemeinden ist es nun, sofern nicht bereits eine anderweitige Verständigungsmöglichkeit mit den Nachbargemeinden besteht, für die Fernsprechkostenpausen zum Zwecke der Abgabe von Feuer- und Unfallmeldungen (eine Dauer Verbindung bei der zuständigen Vermittlungsstelle (Fernsprechkam) zu beantragen. (Siehe § 21 der Fernsprechornung.)

Botschafter Schurman Ehrenbürger von Heidelberg

Dr. Heiberg, 14. Mai Der Stadtrat hat beschlossen, den amerikanischen Botschafter in Berlin, Dr. Schurman, für seine Verdienste um Heidelberg und um die Heidelberger Universität zum Ehrenbürger zu ernennen. Die Überreichung der Ehrenbürgerurkunde an Schurman persönlich dürfte etwa im Juli in Heidelberg erfolgen.

Die Murgtalbahn

Die Fertigstellung der Neubaustrecke von Klosterreichenbach nach Raumbüsch rückt ihrem Ende näher. Der Brennpunkt der Arbeit ist zur Zeit noch der Bahnhof Schönmünzach. Auch die von der Gemeinde Schwarzenberg heranzuführende Wasserversorgung für den Ort Schönmünzach, an die die Bahnhofsleitung angeschlossen wird, ist im Bau. Die Innearbeiter an den Stationshochbauten sind in vollem Gange.

Waldiger Baubeginn der neuen Rheinbrücken?

Nach einer Mitteilung des Präsidenten der Eisenbahndirektion Ludwigshafen, die er in einer Presseerklärung machte, steht Baubeginn der drei neuen Rheinbrücken in naher Aussicht, sofern nicht die Botschafterkonferenz noch Schwierigkeiten macht. Es wird dann in Ludwigshafen-Mannheim neben der bestehenden Rheinbrücke eine neue zweigleisige Eisenbahnbrücke erstellt werden, die jetzige Brücke soll dann als Straßenbrücke Verwendung finden. In Speyer kommt ein Ersatz für die Schiffbrücke in Form einer festen Rheinbrücke mit einer zweigleisigen Straße und einer eingleisigen Bahn; in Mainz wird die Schiffbrücke durch eine feste Brücke mit zweigleisiger Bahn und dreigleisiger Straße ersetzt werden.

Ich brauche über das Stück und seinen Inhalt nichts mehr zu sagen. Für jeden Menschen ist es sonnenklar, daß sich ein derartiges Thema nicht zur dramatischen Behandlung eignet. Es sei denn, man fasse das Stück von vornherein satirisch auf und sehe es einem Berliner Publikum vor. Die Regie in Karlsruhe tat das für die lokalen Verhältnisse einzig Richtige: sie nahm das Drama ganz ernst und führte es im Sinne einer moralischen Grundbeide auf. Dadurch wurde das fatale der ganzen Geschichte für Karlsruhe erträglich. Und die Theaterfreunde, die sich überhaupt nicht so sehr am Stofflichen stießen, sondern besonders aufmerksam nach neuen dramatischen Begabungen auskundschaften, werden mit Vergnügen festgestellt haben, daß dieser Georg Kaiser, obwohl sein Schaffen fernab von allem Dichterischen liegt, immer noch ein ganz hervorragender Techniker seines Fachs ist und mit den raffinierten Mitteln seines Handwerks das Publikum zu fesseln weiß. Von diesem Standpunkt aus begründen wir die Aufführung des Stückes, zumal sie unter Daumbachs Leitung einen ganz vorzüglichen Verlauf nahm und, soweit die männlichen Darsteller in Betracht kamen, durch gebiegene innere Regie für sich warb. Das Stück wird allen, die sich für Probleme der Psychologie und Hysterie interessieren, etwas zu sagen haben. Und wir sind davon überzeugt, daß trotz allem Schimpfen einzelner Kreise des Publikums der Kassenerfolg nicht ausbleiben wird.

Die Aufführung empfing darstellerisch ihr Gepräge durch Stefan Dahlen (Leutnant) und Hermann Brand (Schlächtergeselle). Dahlen spielte wieder mit jener prachtvollen, künstlerischen Geschlossenheit, die wir nun schon seit Jahren an ihm bewundern. Es ist immer ein künstlerischer Gewinn und meistens auch ein großer ästhetischer Genuß, diesen Schauspielern an der Arbeit zu sehen. Vorgelesen war es nur ein grenzenloser Genuß. Haltung, Gebärdenpiel, Mimik, sprachlicher Ausdruck: es war alles vollkommen schön. Die Befechung aber dieses von einer ganz hohen darstellerischen Technik getragenen Spiels mußte den Zuschauer bis ins Innerste ergreifen. Ihm gegenüber Hermann Brand, den man heute ruhig zu den verheißungsvollsten Charakterdarstellern der deutschen Bühne zählen darf. Übertragen auf seine im Kerne und in der Form ganz anders geartete Rolle, gilt für ihn beinahe dasselbe Lob, wie für Stefan Dahlen. Auch ihm ist es gelungen, einen Menschen auf die Bühne zu stellen, dessen seelische Struktur uns bei aller Widerwärtigkeit doch zu vollster Anteilnahme zwingt. Curt Amend.

Ida Boy 7. In Ulm ist die Schriftstellerin Ida Boy 76 im Alter von 76 Jahren nach schwerem Leiden an Herzschwäche gestorben.

Evangelische Landessynode

Die evang. Landessynode hatte am Samstag in Karlsruhe in mehrstündiger Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Es lag eine ganze Reihe von Anträgen des Volkskirchenbundes vor, von denen sich einer gegen die Bezeichnung „christlich“ und „evangelisch“, welche einzelne politische Parteien in ihrem Namen führen, wendet.

Die Synode beschloß entsprechend dem Antrage des Hauptberichtschaftsausschusses Vertagung der Beratung, da die Frage unter dem Eindruck des gegenwärtigen politischen Wahlkampfes nicht gelöst werden könne. Ein weiterer Antrag des Volkskirchenbundes betraf die Art der Besetzung des kirchlichen Sozialamtes, in das das frühere soziale Pfarramt umgewandelt worden ist. Man war mit der Besetzung des Amtes durch einen Volkswirtschaftler nicht zufrieden und verlangte eine Änderung, was aber abgelehnt wurde. Ein Antrag, der die Besetzung der kirchlichen Gebäude betrifft, wurde zurückgezogen, weil er verfassungswidrig sei und in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden eingreife. In der Frage der Einsetzung eines besonderen Sonntag als Feiertag des Friedens und der Völkerverständigung wurde ein positiver Antrag angenommen, der für diesen Zweck eine Gemeindeberatsammlung in der Adventszeit für empfehlenswert hält. Entgegen einem Antrag der volkstümlichen Gruppe, daß sich die Synode gegen die Beibehaltung der Todesstrafe aussprechen möge, wurde ein positiver Antrag angenommen, der diese Frage als nicht im Bereich der Synode bezeichnet.

Weitere Anträge des Volkskirchenbundes wurden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, während ein Antrag auf Abänderung der Kirchenverfassung zurückgestellt wurde. Das Begehren der Gemeinde Durlach-Aue, die eine nochmalige Pfarrerverswahl wünsche, wurde abgelehnt, nachdem Kirchenpräsident D. Wurth die Opposition der Gemeinde als nicht mit dem Evangelium in Einklang zu bringend bezeichnet hatte.

Die Synode beschäftigte sich noch mit einem Gesetzentwurf, der Verfassungsänderungen enthält, das Wahlrecht der unständigen Geistlichen und der landeskirchlichen Pfarrer ohne Gemeindeamt ordnet und im 2. Teil die Amtsniederlegung und Zurücksetzung des Kirchenratspräsidenten und der übrigen Mitglieder des Kirchenrates betrifft. — Der Gesetzentwurf wurde angenommen. Die Ruhestandsbezüge des Kirchenpräsidenten und der übrigen Mitglieder des Kirchenrates wurden durch Annahme eines Antrages Frey-Häfer festgelegt.

Ein Antrag der volkstümlichen Gruppe verlangt von der Synode eine Erklärung, in der sie grundsätzlich den Verzicht der Landeskirche auf die vom Staat gewährte Detachierung erklärt; auch soll die absolute finanzielle Trennung der Kirche vom Staate schrittweise durchgeführt werden und spätestens beim Ablauf der Amtszeit der Synode vollendet sein. Kirchenpräsident D. Wurth befürchtet, daß beim Wegfall des staatlichen Schutzes mancher kirchlichen Ordnung die Kirche als Landeskirche zerfällt und auf das Niveau der Freikirchen herabgedrückt werde. Die badische Landeskirche sei schon früher die freieste der deutschen Landeskirchen gewesen. Das Wort „Trennung der Kirche vom Staat“ sei vielen nur ein Schlagwort. Schließlich wurde der Antrag des Ausschusses, der den Antrag auf Trennung ablehnt, mit allen gegen 8 Stimmen angenommen.

Ein Antrag der volkstümlichen Gruppe, der die Vereinheitlichung der deutschen Landeskirche, zunächst eine Einheit der süddeutschen zum Ziele hat, wurde abgelehnt und ein Gegenantrag D. Frey, eine fortschreitende Vereinheitlichung nach Möglichkeit zu fördern, einstimmig angenommen.

Der Verfassungsausschuss soll künftig aus 6 Mitgliedern bestehen; in der letzten Sitzung soll die Synode den bestehenden Ausschuss durch Zuwahl von zwei Mitgliedern ergänzen. Dem Sonderauschuß wurden eine Reihe Anträge auf Abänderung der Verfassung überwiesen. Ein Antrag hebt die Notwendigkeit von Ferien und Freizeiten für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter hervor und wünscht eine reichsgesetzliche Sicherung eines bezahlten Urlaubs. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zuletzt wurde der Oberkirchenrat ersucht, Richtlinien für ein evangelisches Cherecht auszuarbeiten und der Synode vorzulegen.

Die Landessynode hält heute, Montag, zwei Plenarsitzungen ab, und zwar zur Erledigung der Katechismusbroschüre und der zweiten Lesung der Beschlusssammlung. Um 5 Uhr wird die Synode mit einem Schlussgottesdienst in der Schloßkirche ihre Ende finden.

Verband badischer Bürgermeister und Verband badischer Gemeinden

Am Samstag wurde in Baden-Baden die Hauptversammlung der badischen Bürgermeister abgehalten.

Nach Begrüßung von Vertretern der Regierung, der Stadt Baden-Baden, der Gemeindebeamtenverbände usw., erstattete der 1. Vorsitzende, Bürgermeister Koch-Ladenburg, den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Der Vorsitzende behandelte eingehend die Frage der Besetzung, die grundsätzlich nach der Reichsbesetzungsordnung geregelt werden soll. Er vertrat namens des Vorstandes den Standpunkt, daß nach Übergang von den ehrenamtlichen zur berufsmäßigen Tätigkeit die Einweisung in die Besetzungsordnung gefordert werden müsse, und damit auch die Bewilligung der Zulagen, welche ab 1. Oktober 1927 allen Reichs- und Staatsbeamten zufließen. Sodann behandelte er die Verfassung der Bürgermeister im Falle der Nichtwiederwahl, der Krankheit, des Alters und des Todesfalles, wobei festgestellt wurde, daß die gesetzliche Regelung im allgemeinen geregelt sei. Verbandsdirektor Keller sprach hierauf in längeren Ausführungen zur Besetzung der Bürgermeister, wobei er hervorhob, daß heute auch den Bürgermeistern nicht mehr zugemutet werden könne, die Amt halb umsonst zu versehen. Es müsse angehts der Verantwortung eine entsprechende Höherbesetzung verlangt werden. Der Rechenschaftsbericht für 1927 und der Voranschlag für 1928 wurden darauf genehmigt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen.

Die Hauptversammlung des Verbandes badischer Gemeinden fand sodann am Sonntag statt, und wurde von Bürgermeister Menges, Gernsbach, eröffnet. Von der Regierung war Ministerialrat Reibel, Karlsruhe, Landeskommissar Wolf, Karlsruhe, Vertreter der Stadt Baden-Baden, des badischen Städtebundes, des Städtebundes, der Präsident des badischen Sparkassen- und Giroverbandes Dr. Gugelmeier, sowie Vertreter des deutschen, hessischen und württembergischen Gemeindebundes erschienen. Es waren ungefähr 700-800 Teilnehmer anwesend.

Der Vorsitzende erstattete einen längeren Bericht über die wichtigsten Gemeindeprobleme und bedauerte, daß die Städte und die Gemeinden in den Parlamenten immer noch nicht genügend zur Geltung kämen. Die Regelung der badischen Steuerverteilung sei er als unzureichend an, weil die Anteile der mittleren und kleineren Gemeinden zu gering seien, und der Lastenausgleich unter den einzelnen Gemeinden immer noch ungenügend sei. Auch eine Änderung des badischen

Grund- und Gewerbesteuergesetzes sei notwendig. Ganz ungeheuerlich sei die Belastung der Gemeinden mit den hohen Land- und Kreisstraßenkostenbeiträgen. Der Verbandsvorstand werde diesbezüglich an den Landtag herantreten, zugleich auch eine Beteiligung der Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer beantragen. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens seien die Verhältnisse auf dem Lande nicht besser als in den Städten. Das Fürsorgewesen verursahe den Gemeinden so hohe Ausgaben, daß sie bei der sonstigen Belastung nicht mehr getragen werden könne. Die so oft geforderte Rückgabe der reinen Fürsorgefähigkeit an die Gemeinden lasse sich daher nicht mehr umgehen.

Die dahingehenden gefassten Entschlüsse wurden sodann einstimmig von der Versammlung genehmigt, desgleichen der Rechenschaftsbericht für 1927 und der Voranschlag für 1928. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Bürgermeister Menges, Gernsbach, 2. Vorsitzender Bürgermeister Dürr, Amelingen, Beisitzer Bürgermeister Deckerer, Friedrichsfeld, Bürgermeister Frey, Forbach, Bürgermeister Kläber, Sodenheim, Bürgermeister Sauer, Schwarzach und Gemeinderat Pfeiffer, Gutingen.

Tagungen

Kreisversammlung der Buchdrucker. Die Buchdruckerdelegierten des Kreises IV des Deutschen Buchdruckervereins, der Baden, Württemberg und die Pfalz erfaßt, hielten in Kaiserslautern einen Kreisabtag. Die ordentliche Kreisversammlung, zu der Oberregierungsrat Dr. Müller als Regierungsvertreter erschienen war, fand im Bahnhofs-Hotel statt. Nach den üblichen Begrüßungsworten, die von Seiten des Regierungsvertreters und von Kommerzienrat Großer, Frankenthal, in ein Treuegelöbniß der Pfälzer zum Reich ausklangen, gab der Vorsitzende Alfred Walder, Stuttgart, einen Überblick über die gesamte Entwicklung des Schriftwesens von den ältesten Zeiten bis zu seinem heutigen Stande. Der Geschäftsbericht und die Berichte der Bezirksvereine lagen im Druck vor. In ersterem kam in der Hauptsache zum Ausdruck, daß im Jahre 1927 eine gute Anfangsentwicklung vorhanden war, daß aber die Ertragsminderungen zu wünschen übrig ließen. Das zweite Referat, das von Buchdruckermeister Strecker, Stuttgart, gehalten wurde, behandelte das Thema „Die Löhne, Gestehungskosten und Preise“. Der dritte Vortrag von Direktor Stein, Neustadt a. S., befaßte sich mit der Lehrlingsordnung, der gewerblichen Ausbildung und Prüfungsweisen. Es wird verlangt, daß jedem Mitglied die Annahme und Ausbildung von Lehrlingen zur Pflicht gemacht wird. Für jede unbefestigte Stelle soll der betr. Betrieb eine Ablosungssumme von jährl. 100 M bezahlen. Als Tagungsort für die nächste Kreisversammlung wurde Neulingen gewählt.

Kongreß der Astronomischen Gesellschaft. Wie das „Seidels Tagbl.“ erfährt, wird vom 18. bis 21. Juli d. J. der diesj. internationale Astronomenkongreß, der erste nach dem Kriege in Deutschland, in Heidelberg stattfinden. Voraussichtlich werden an dieser bedeutsamen Tagung zahlreiche Ausländer, insbesondere auch amerikanische Gelehrte, teilnehmen. Präsident der Astronomischen Gesellschaft ist der Direktor der Sternwarte in Kopenhagen, Prof. G. Strömberg, der Gastgeber der letzten Tagung der Gesellschaft 1926 war. Die Astronomische Gesellschaft wurde 1863 in Heidelberg gegründet.

Bürgermeisterwahlen. Der feierliche Bürgermeister in Gernsbach (Amt Forstheim), Joh. Alexander Frey, wurde mit großer Mehrheit als solcher wiedergewählt. — Bei der Bürgermeisterwahl in Gernsbach bei Forstheim erhielt der diesjährige Bürgermeister Siegel (Soz.) von 824 gültigen Stimmen 392, die Gegenkandidaten Schmidt und Fuchs (Bürgerlich) 245 bzw. 187 Stimmen, so daß eine nochmalige Wahl erforderlich ist. — Auch in der Gemeinde Würm fand Bürgermeisterwahl statt, da der bisherige Bürgermeister vom Amte zurückgetreten war. Gewählt wurde Ratzeberger Rangert mit 347 Stimmen. Der sozialdemokratische Gegenkandidat Burkhardt erhielt 82 und ein in letzter Stunde aufgetauchter weiterer Gegenkandidat, namens Müller, 42 Stimmen. — Da die Dienstadt des jetzigen Bürgermeisters in Neersburg, Dr. Karl Moll, abgelaufen ist, wird am Sonntag, den 8. Juni, die Neuwahl stattfinden.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Ludwig Bertsch, der Begründer des bekannten gleichnamigen Juwelergeschäftes, der sich um die Organisation seines Gewerbes große Verdienste erworben hat, ist 74 Jahre alt gestorben.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Seit Samstag hat sich der Hochdruckrücken über dem Festland verbreitert, während das Tief über der Ostsee nach Norden ausgewichen ist. Infolgedessen trat gestern bei uns nach leichten Niederschlägen langsam Besserung ein. Heute morgen herrscht größtenteils wolkenloses Wetter. Die Zufuhr von Barometer durch weisliche Winde brachte bereits am Samstagnachmittag leichten Temperaturanstieg um 3-4 Grad. Ein von Südwesten vorstößender Wirbel gewinnt Verbindung mit dem noch über Skandinavien liegenden Tief, so daß der Kälteperiode der letzten Tage vorerst keine Wiederholung folgen wird. Wetterausichten für Dienstag: Zeitweise heiter, tagsüber warm, örtliche Wärmegewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Lpd. Ladenburg, 12. Mai. Seit längerer Zeit sind die Geschäftsräume der Allg. Ortskrankenkasse Mannheim-Land in Ladenburg für den jetzigen Umfang der Verwaltung unzureichend. Es besteht nun die Absicht, ein Verwaltungsgebäude, das den heutigen Anforderungen entspricht, zu errichten, ohne daß dadurch eine Belastung der Mitglieder eintritt.

Hd. Baden-Baden, 12. Mai. Schon seit Jahren in stiller Zurückgezogenheit lebend ist in ihrem hiesigen Heim die ehemalige berühmte Sängerin Frau Cécile Mohor-Ravenstein nach kurzer Krankheit aus dem Leben geschieden. Die Verstorbene war eine besonders gefeierte Wagnerfängerin, die bei Gastspielen in Karlsruhe, Frankfurt, Leipzig, Straßburg, Köln, ebenso in New York und anderen Städten Americas große Triumphe erlebte.

D. Kehl, 13. Mai. Am Samstag wurde die neue Rehschule feierlich ihrer Bestimmung übergeben. Bürgermeister Dr. Kraus begrüßte als Vertreter des Unterrichtsministeriums Oberregierungsrat Huber und dankte den badischen Reichstagsabgeordneten sowie der Berliner Vertretung Badens für ihre Verdienste, die für den Schulbau einen Reichszuschuß von etwa 250 000 M durchgesetzt hätten. Bürgermeister Dr. Kraus erwiderte für seine recht mühevollen Arbeit, die dem Bau der Schule gewidmet war, anerkennende Worte seitens der staatlichen Behörden und seiner Stadtgemeinde Kehl. Namentlich im besetzten Gebiet werde ein derartiges Schulwesen nur von größtem Nutzen sein können.

D. Salem, 12. Mai. Zu dem Monstranzdiebstahl im Saalener Münster erfahren wir, daß der ausgesprochene Verdacht der Täterschaft gegen den Renovator vollkommen unbegründet ist. Der Renovator befindet sich seit dem 1. Mai in Salem, das er in den Tagen, für die der Diebstahl in Betracht kommt, nicht verlassen hat. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

D. Mannheim, 14. Mai. Die hervorragende und beliebte Schauspielerin Julie Sanden feiert ihr 25jähriges Bühnenjubiläum am Mannheimer Nationaltheater.

D. Weersburg, 12. Mai. Der neue Dafen für die Boden-seefähre hat weitere Fortschritte gemacht. Die Fundamentierung der Brückenpfeiler wird in der kommenden Woche beendet sein. Auch das Fährschiff geht auf der Werft seiner Vollendung entgegen und wird bald seine Probefahrten aufnehmen können.

Stuttgart, 13. Mai. Mit dem Treffen Stuttgarter Riders-Bayern-München, das 2:2 endete, ging das letzte Spiel der süddeutschen Meisterschaft zu Ende. Die Münchner Bayern errangen zum zweiten Male die höchste Trophäe des Süddeutschen Fußballverbandes gefolgt von Eintracht Frankfurt und Sp.-Bg. Fürtth.

D. Maulbronn, 14. Mai. Am 14. Mai 1178 wurde nach der ältesten Überlieferung die Maulbronner Klosterkirche eingeweiht. Es sind also nun 750 Jahre, daß in unserem Maulbronner Tal dieses ehrwürdige Gotteshaus steht.

Hd. Scheibhardt (Pfalz), 12. Mai. Wie bereits gemeldet, unternimmt die J. G. Farbenindustrie seit November 1925 im Rheinwald in der Nähe des 100 Meter von der elsässischen Grenze gelegenen Ortes Scheibhardt Bohrversuche nach Petroleum. Wie wir zuverlässig erfahren, sind die Bohrungen nunmehr, nachdem man eine Bohrtiefe von 120 Metern erreicht hat, von Erfolg. Die zutage geförderten Erdmassen sind stark erdölhaltig. Die Bohrstätte wird streng bewacht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. Mai		12. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82	168.51	168.81
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	112.03	112.25
Italien 100 L.	22.005	22.045	22.01	22.05
London 1 Pf.	20.379	20.419	20.386	20.426
New York 1 D.	4.175	4.183	4.176	4.184
Paris 100 Fr.	16.435	16.475	16.43	16.47
Schweiz 100 Fr.	80.47	80.63	80.48	80.64
Wien 100 Schilling	58.75	58.87	58.757	58.875
Prag 100 Kr.	12.374	12.394	12.377	12.397

Die Großhandelsinbeziffer ist mit 140,5 um 0,2 v. G. gestiegen.

Zusammenschluß in der Waggonindustrie. Die seit Monaten schwebenden Verhandlungen über einen Zusammenschluß in der ost- und mitteldeutschen Waggonindustrie zwischen der Linke-Hoffmann-Werke-A.G., Waggon-Maschinenfabrik A.-G. vorm. Busch in Bautzen und Weimar und der Sächsischen Waggonfabrik Verdau A.-G. in Verdau sind nunmehr, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung, zum Abschluß gekommen.

Verschiedenes

Neue Feststellungen in der Angelegenheit Jakobowski

Die Aufklärung des Falles Jakobowski durch die medienburgische Landes kriminalpolizei hat, wie aus Berlin berichtet wird, im Lauf des Samstags und Sonntags weitere Fortschritte gemacht. — Es ist den Beamten gelungen, neues schwer belastendes Material gegen die drei Verhafteten, August Rogens, Müller und Kreuzfeld, zu sammeln. Es sind auch Spuren des flüchtigen Fritz Rogens entdeckt worden, gegen den bereits ein richterlicher Haftbefehl erlassen worden ist. Im Laufe des Samstags hat der zuständige Amtsrichter in Schönberg die Verhafteten erneut vernommen. Seine Ermittlungen sind soweit abgeschlossen, daß er die Akten an die Staatsanwaltschaft in Neustrelitz übersenden konnte. Die neue Vernehmung bestätigt im wesentlichen die Ermittlungen der Kriminalpolizei. Aus ihr geht klar hervor, daß die Verhafteten feinerzeit vor dem Schwurgericht Meineide geleistet haben, um sich selbst rein zu waschen.

Sehn Grab Ralte im St. Gotthardgebiet

W. W. Airolo, 14. Mai (Tel.) In der Gotthardzone war die vergangene Nacht so kalt, wie es selten im Winter der Fall ist. Die Temperatur lag bis zu 10 Grad Celsius unter Null. Am Montag früh wurde beim Hoipiz eine Schneehöhe von nahezu drei Metern gemessen.

Meisenbrand in Rußland

Die in Zentralrußland im Gouvernment Kasan liegende Kreisstadt Sallowo wurde von einer riesigen Feuersbrunst heimgesucht. Der Brand griff auch auf das Kreiskrankenhaus und mehrere andere öffentliche Gebäude über. Im ganzen wurden etwa 600 Wohnhäuser ein Raub der Flammen. Der Brand forderte auch Opfer an Menschenleben; doch steht die Zahl der Opfer noch nicht fest.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden.

Für die Wahl der Versichertenmitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden wurden die zwei eingereichten Vorschlagslisten innerhalb der in § 12 der Wahlordnung vom 8. Dezember 1927 (Amtliche Nachrichten 1927 Seite 569) vorgesehenen Frist zurückgezogen. Statt dessen wurde von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Christlich-nationale Arbeiter und Angestellte) eine gemeinsame Vorschlagsliste eingereicht. Eine Wahl mit Stimmabgabe findet hiernach nicht statt.

Karlsruhe, den 11. Mai 1928.

Landesversicherungsamt.

Der Wahlleiter:

Dr. A. Loh, Oberregierungsrat.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Planmäßig angestellt:

Sekretariatsassistentin Maria Göhle beim Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden-Baden. R.77
Handelsregisteramt
Abt. A Bd. I D.-3. 2 — Firma
Karl Friedrich Seiser
held in Baden-Baden —
Die Firma wird von Amts
wegen gelöscht.
Baden-Baden,
den 28. April 1928.
Geschäftsstelle
des Bad. Amtsgerichts. I.

Baden-Baden. R.78
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. II D.-3. 46 —
Firma Fabrik Stolzenberg,
Büroverwaltungs-Gesellschaft
in Oos — Die Pro-
kura des Eugen Hofmann
in Oos ist erloschen. Edwin
Wittler in Oos ist nicht
mehr Vorstandsmitglied.
Baden-Baden,
den 28. April 1928.
Geschäftsstelle
des Badischen Amtsgerichts I.

Baden-Baden. R.76
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-3. 16 —
Zweigniederlassung, Zentrale
der la. idv. Lagerhäuser
A. G. in Tauberbischofs-
heim, Filiale Waldbrunn —
und D.-3. 17 — Zweignie-
derlassung, Zentrale der
landw. Lagerhäuser A. G. in
Tauberbischofsheim, Filiale
Hardheim — Durch
die Generalversammlung
vom 14. Dezember 1927
wurde die Herabsetzung des
Grundkapitals um 810000
A.M. beschlossen. Die Herab-
setzung ist erfolgt. Das
Grundkapital beträgt jetzt
545000 A.M. Durch Be-
schluß der gleichen General-
versammlung wurde § 4
(Grundkapital) und § 23
Abs. 1 (Stimmrecht der
Stammaktien) des Gesell-
schaftsvertrags entsprechend
der eingetragenen Nieder-
setzung geändert. Das
Stimmrecht der Stamm-
aktien ist auf eine Stimme
und der Nennwert derselben
auf 20 A.M. für eine Aktie
herabgesetzt.
Bad. Amtsgericht Baden,
30. April 1928.

Baden-Baden. R.91
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-3. 9, Waldbrunn
Steinwegwerke G. m. b. H.
in Waldbrunn: Die Requi-
sition ist beendet, die Firma
erloschen.
Bad. Amtsgericht Baden,
1. Mai 1928.

Baden-Baden. R.62
Handelsregisteramt
Abt. A I D.-3. 56, Firma Karl Baer,
Bühl: Die Firma ist er-
loschen.
Handelsregisteramt A I D.-3.
106, Firma Franz Rein-
schmidt in Bühl: Das Han-
delsgeschäft ist auf den Kauf-
mann Rudolf Reinschmidt
in Bühl übergegangen und
wird von demselben unter
bisheriger Firma fortgeführt.
Bühl, den 25. April 1928.
Bad. Amtsgericht.

Ettlingen. R.61
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-3. 14, Rheinische Creditbank
Niederlassung Ettlingen in
Ettlingen: Dr. Ludwig Jan-
zer ist aus dem Vorstand
ausgeschieden.
Ettlingen, den 25. April 1928.
Amtsgericht.

Freiburg. R.87
Handelsregisteramt
Freiburg i. Br.
A Bd. III D.-3. 25: Fir-
ma Eusebius Kramer, Frei-
burg, ist geändert in Euse-
bius Kramer Nachf. In-
haber ist jetzt Fel. Anna
Späth in Freiburg. Am
25. April 1928.
A Bd. VI D.-3. 142, Fir-
ma August Fohr, Freiburg:
Die Prokura des Fritz Krauß
ist erloschen Am 25. April
1928.
A Bd. IX D.-3. 363: Fir-
ma Gebr. Zimmerlin, Frei-
burg. Geschäftsführer der am
31. März 1928 begonnenen
offenen Handelsgesellschaft
sind Fritz und Alfred Zim-

merlin, beide Kaufleute in
Freiburg. Am 25. April
1928.
A Bd. IX D.-3. 364: Fir-
ma Hans Fresen, Schul-
gerätebau in Freiburg. In-
haber ist Hans Fresen, Kauf-
mann, Freiburg. Am 26.
April 1928.
A Bd. IX D.-3. 177: Fir-
ma Rose Drinhaus, Frei-
burg, ist erloschen. Am
27. April 1928.
A Bd. VIII D.-3. 78: Fir-
ma Künzel Söhne, Freiburg,
ist erloschen. Am 27. April
1928.
A Bd. VI D.-3. 79: Fir-
ma Julius Sommer, Radf.-
Freiburg, ist erloschen. Am
27. April 1928.
A Bd. VII D.-3. 280, Fir-
ma Konrad Kerner, Frei-
burg: Inhaber ist jetzt
Konrad Kerner Ehefrau,
Agathe geb. Brutscher, Frei-
burg. Deren Prokura ist
erloschen. Am 30. April
1928.
B Bd. I D.-3. 29, Zen-
tonenhäuser, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Freiburg: An Stelle des
ausgeschiedenen Dr. Gustav
Schneider ist Dr. Eduard
Eichbacher, Arzt in Freiburg,
als Geschäftsführer bestellt.
Am 23. April 1928.
B Bd. I D.-3. 32, Rhein-
ische Creditbank, Filiale
Freiburg als Zweignieder-
lassung der Rheinische Creditbank
Mannheim: Dr. Ludwig Janzer ist
aus dem Vorstand aus-
geschieden. Durch General-
versammlungsbeschluss vom
30. März 1928 ist Artikel 16
und 31 der Satzung geän-
dert. Am 24. April 1928.
B Bd. I D.-3. 58, Süd-
deutsche Disconto-Gesell-
schaft, Aktiengesellschaft,
Filiale Freiburg: August
Schneller in Freiburg hat
Prokura für den Geschäfts-
kreis der Filiale Freiburg
mit der Maßgabe, daß er
berechtigt ist, gemeinsam mit
einem Mitglied des Vor-
stands, einem stellvertreten-
den Mitglied des Vorstandes
oder einem anderen Pro-
kuristen die Gesellschaft zu
vertreten und zu zeichnen.
Die Prokura des Wolfgang
Müller-Clemm ist erloschen.
Am 25. April 1928.
Amtsgericht.

Karlsruhe. R.67
Handelsregisteramt
1. Brauerei Heinrich Fels,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Karlsruhe. Die
Vertretungsbefugnis des
Gustav Fels ist durch seinen
Tod erloschen. 28. IV. 28.
2. Trippensee-Dienbange-
gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Karlsruhe.
Durch Gesellschafterbeschluss
vom 2. März 1928 wurde
das Stammkapital zunächst
auf 12000 A.M. ermäßigt,
wodurch das Kapitalver-
rentungskonto ausgeglichen ist
und sodann wieder auf
20000 A.M. erhöht und der
Gesellschaftsvertrag in § 4
(Stammkapital) geändert.
28. IV. 28.
3. Färberei Pring, Aktien-
gesellschaft, Karlsruhe.
Durch Beschluss der General-
versammlung vom 20. April
1928 wurde § 16 Abs. 3 des
Gesellschaftsvertrags (Ver-
gütung des Aufsichtsrats)
geändert. 30. IV. 28.
4. Rheinische Creditbank
Filiale Karlsruhe, Haupt-
sitz Mannheim. Dr. Ludwig
Janzer ist aus dem Vorstand
ausgeschieden. Durch Be-
schluss der Generalversamm-
lung vom 30. März 1928
ist die Satzung in Artikel 16

(Teilnahme an der General-
versammlung) und in Artikel
31 (Aufsichtsrat) geändert.
30. IV. 28.
5. Kronenweil & Weigel,
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe. Die
Firma ist erloschen. 2. V. 28.
6. „A.W.G.“ Karlsruher
Werkzeugmaschinen-Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Die Ver-
tretungsbefugnis des Ri-
chard Kuntel und der Frau
Cäcilie Würzburger geb.
Strauß, beide hier, ist be-
endet. 3. V. 28.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. R.68
Handelsregisteramt
1. Eugen Langer, Karlsru-
he. Die Firma und die
Prokura des Wilhelm
Schmidt ist erloschen. 30. IV.
28.
2. Chaim Götter Nachf.,
Karlsruhe. Die Firma ist
erloschen. 30. IV. 28.
3. Heib & Schöler, Karlsru-
he. Offene Handelsgesell-
schaft mit Beginn am 1. Mai
1928. Persönlich haftende
Gesellschafter: Roland Heib,
Kaufmann, Karlsruhe, Lud-
wig Stähler, Kaufmann,
ebenda. (Großhandel mit
Coccolabe, Soffenstraße 159.)
2. V. 28.
4. Brand & Cie. in Heidel-
berg mit einer Zweignieder-
lassung in Karlsruhe. Offene
Handelsgesellschaft mit Be-
ginn am 1. Oktober 1923.
Heinrich Nemat, Ernst Ne-
mat, Hermann Silber, alle
Kaufleute in Berlin, sind als
persönlich haftende Gesell-
schafter in das Geschäft ein-
getreten. Der Kaufmann
Ludwig Kuhlmann, Heidel-
berg, ist am 1. September
1925 aus der Gesellschaft
ausgeschieden. Die Zweig-
niederlassung in Karlsruhe
ist aufgehoben. 4. V. 28.
Amtsgericht Karlsruhe.

Lahr. R.92
Handelsregisteramt
Lahr A D.-3. 309 Firma Robert
Müllerleite in Lahr: Dem
Kaufmann Robert Müller-
leite jr. in Lahr ist Prokura
erteilt.
Lahr, 2. Mai 1928.
Amtsgericht.

Lahr. R.93
Handelsregisteramt
Lahr A II 187 — Firma
Fälch & Röhse in Scham-
bed, Zweigniederlassung in
Dinglingen — Die Zweig-
niederlassung Dinglingen ist
aufgehoben und deren Fir-
ma erloschen. Die Prokura
des August Viesle in Lahr
ist erloschen.
Lahr, 3. Mai 1928.
Amtsgericht.

Mannheim. R.58
Handelsregisteramt
vom 28. April 1928:
A. & M. Driels, Lade-
burg a. N. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind die
Kaufleute Adolf Driels und
Moriz Driels, beide in La-
denburg a. N. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Januar 1928 begonnen.
Roth & Schröder Maschi-
nen- und Apparatebau,
Mannheim. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind Jo-
hann Roth und Philipp
Schröder, beide Mechaniker
in Mannheim. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Januar 1927 begonnen.
Jatob Klein, Mannheim:
Die Firma ist erloschen.
R. Kaiser & Geisler,
Mannheim: Die Firma ist
erloschen.
Julius Kander, Mann-
heim: Die Prokura des Kurt
Kahrendorf ist erloschen.
Julius Kander Ehefrau, Ro-
sa geb. Goldschmidt, in
Mannheim ist als Prokurist
bestellt.
Mannheimer Handels-
büro Köhler & Schwab,
Mannheim: Die Firma ist
erloschen.

**Badisches Holzwert-
Josef Lemanzyl, Mannheim-
Neckarau: Der Firmenin-
haber heißt richtig: Joseph
Lemanzyl. Er wohnt
jetzt in Mannheim-Neckarau.
Die Firma ist geändert in:
„Badisches Holzwert-
Josef Lemanzyl“.
Gebr. Wolff, Mannheim:
Kaufmann Fritz Lothessen
zu Mainz ist in das Geschäft
als persönlich haftender Ge-
sellschafter eingetreten. Die
offene Handelsgesellschaft hat
am 14. April 1928 begon-
nen.**

**Ignaz Brehm Siga-Ver-
lag, Mannheim: Die Firma
ist erloschen.
Bh. Deitreich & Co.
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Rudolf Deitreich ist nicht
mehr Geschäftsführer.
A. S. Thordede & Co.
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Julius Thordede ist nicht
mehr Geschäftsführer. Kauf-
mann Hans Rohrbach in
Densheim ist zum Geschäfts-
führer bestellt.
Dr. Müller & Cie. Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Fir-
ma ist erloschen.
F.-G. 4.**

Mannheim. R.88
Handelsregisteramt
a) vom 1. Mai 1928:
Stahlwert Mannheim,
Mannheim: Die von der
Generalversammlung vom
16. Juli 1927 beschlossene
Herabsetzung des Grund-
kapitals um 480000 A.M. ist
erfolgt. Auch die von der
Generalversammlung vom
14. April 1928 beschlossene
weitere Herabsetzung des
Grundkapitals um 80 A.M.
ist durchgeführt. Das Grund-
kapital beträgt jetzt 1120000
A.M. Durch Beschluss der
Generalversammlung vom
14. April 1928 ist der Gesell-
schaftsvertrag in den §§ 1
(Firma), 4 (Grundkapital),
11 (Einteilung und Ein-
ziehung von Aktien), 6
(Unterzeichnung der Aktien),
9 (Vertretung durch Pro-
kuristen), 11 (Zahl und
Amtsdauer der Aufsichtsrats-
mitglieder), 13 (Beschluss-
fassung des Aufsichtsrats),
14 (Aufsichtsratskommissio-
nen und deren Befugnisse),
20 (Beschlüsse der General-
versammlung), 25 (Ge-
schäftsjahr) und 27 geändert;
§ 17 Abs. 2 und 3, §§ 22
und 23 sind getilgt; die
§§ 24 bis 28 sind jetzt
§§ 22 bis 26; die auf die
Vorzugsaktien bezüglichen
Bestimmungen des Gesell-
schaftsvertrags sind getilgt.
Die Firma lautet jetzt:
Stahlwert Mannheim
Aktiengesellschaft, Friedrich
Möhlenpauer in Mannheim
ist zum Gesamtprokuristen
so bestellt, daß er gemeinsam
mit einem Vorstandsmitglied
oder mit einem anderen
Prokuristen zur Vertretung
der Gesellschaft und Zeich-
nung der Firma berechtigt
ist. Als nicht eingetragen
wird veröffentlicht: Das
Grundkapital ist jetzt in
5600 Stammaktien über je
200 A.M. eingeteilt.
b) vom 2. Mai 1928:
„Bretsch-Neckame“, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Mannheim. Der
Gesellschaftsvertrag der Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung ist am 8. April
1926, 23. Januar 1928 und
18. April 1928 festgestellt.
Gegenstand des Unterneh-
mens ist die Übernahme und
Ausführung von Reklamen
jeder Art, vorzugsweise von
Verkehrsreklamen. Das
Stammkapital beträgt
20000 A.M. Geschäftsführer
ist Fritz Böhler, Kauf-
mann, Mannheim. Jeder
Gesellschafter kann den Ge-

sellchaftsvertrag spätestens
sechs Monate vor Ablauf
des Geschäftsjahres auf den
Schluss desselben durch ein-
geschriebenen Brief an den
Geschäftsführer kündigen.
Erfolgt keine Kündigung auf
Ablauf des ersten Geschäftsjahres,
so verlängert sich der
Gesellschaftsvertrag still-
schweigend auf je ein weite-
res Jahr. Als nicht ein-
getragen wird veröffentlicht:
Die Bekanntmachungen
durch den Deutschen Reichs-
anzeiger. Geschäftstotal:
P. 7 Nr. 23.
Eise Berghäuser, Mann-
heim. Inhaber ist Kauf-
mann Karl Berghäuser Ehe-
frau, Eise geborene Rind-
schwender, Mannheim. Karl
Berghäuser, Mannheim, ist
als Prokurist bestellt.
Hermann Pütz, Mann-
heim. Inhaber ist Hermann
Pütz, Ingenieur, Mann-
heim. Geschäftszweig: Han-
del und Vertretungen in
elektrotechnischen Artikeln.
Weinauapotheke Richard
Bader, Mannheim-Rheinau.
Inhaber ist Richard Bader,
Apotheker, Mannheim-Rhein-
au.
Herm. Schmitt & Co.,
Mannheim: Otto Schmitt,
Mannheim, ist als Pro-
kurist bestellt.
Mannheimer Vertretungs-
anstalt Helvetia Hans Dan-
beck, Mannheim: Gertrud
Roth, Mannheim, ist als
Prokurist bestellt. Die Pro-
kura der Magdalena Dan-
beck ist erloschen.
Martin Bouffier, Mann-
heim: Das Geschäft mit
Aktiven und Passiven und
Amt der Firma ging auf
den Kaufmann Wilhelm Bou-
ffier in Mannheim über.
Gußab Arras, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Pütz u. Steinlein Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Die Ge-
sellschaft ist durch Beschluss
der Gesellschafterversamm-
lung vom 20. April 1928
aufgelöst. Der bisherige
Geschäftsführer Hermann
Pütz in Mannheim ist Li-
quidator. Die Prokura der
Sofie Pütz ist erloschen.
Amtsgericht Mannheim,
F.-G. 4.

Neckarbischofsheim. R.80
Handelsregisteramt
Bei Firma Jakob Ro-
ser in Flinsbach: Die Fir-
ma ist erloschen.
Neueintragung: Firma
„Josef Fleischmann“, Sie-
gelsbach. Inhaber: Kauf-
mann Josef Fleischmann,
Siegelsbach.
Neckarbischofsheim,
23. April 1928.
Bad. Amtsgericht.

Oberkirch. R.94
Handelsregisteramt
Abt. A D.-3. 192 (Josef Wa-
chowitz, Handels- u. Im-
mobilienbureau in Oppen-
au): Die Firma ist erloschen.
Oberkirch, den 3. Mai 1928.
Bad. Amtsgericht.

Offenburg. R.60
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-3. 7 E. 36
zu Firma Rheinische Credit-
bank Filiale Offenburg:
Dr. Ludwig Janzer ist aus
dem Vorstand ausgeschieden.

Offenburg. R.59
Handelsregisteramt
Abt. A Bd. II D.-3. 110
E. 223 zu Firma Metz &
Schmidt, Schloß- u. Metall-
warenfabrik in Offenburg:
Die Firma ist erloschen.
den 26. April 1928.
Bad. Amtsgericht. 2.

Offenburg. R.81
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-3. 48 E. 307
Firma Bh. Deitreich &
Co. G. m. b. H., Zweignie-
derlassung Offenburg in
Offenburg als Zweignieder-
lassung des Hauptgeschäfts
mit dem Sitz in Mannheim.
Rudolf Deitreich ist nicht
mehr Geschäftsführer.
Offenburg,
den 7. Mai 1928.
Bad. Amtsgericht.

Offenburg. R.101
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-3. 21
Seite 133: Firma Ottenauer
Feigwarenfabrik Drumm & Co.
G. m. b. H., Appenweier.
Die Gesellschaft ist aufge-
löst. Liquidation ist nicht
erforderlich, da keinerlei
Vermögen vorhanden ist.
Die Firma ist erloschen.
Offenburg, 11. Mai 1928.
Badisches Amtsgericht.

Radolfzell. R.52
Handelsregisteramt
II D.-3. 199: Firma Ed-
ling Frech, Gipsergeschäft in
Singen a. S. Persönlich
haftende Gesellschafter: Jo-
hann Schilling und Albert
Frech, beide Gipser in Sin-
gen. Offene Handelsgesell-
schaft, errichtet am 26. No-
vember 1926.
Radolfzell, 28. April 1928.
Bad. Amtsgericht. I.

Radolfzell. R.53.
Handelsregisteramt
Bd. II D.-3. 13 bei der
Firma Rheinische Creditbank
Niederlassung Singen, Haupt-
sitz Mannheim: Dr. Lud-
wig Janzer ist aus dem
Vorstand ausgeschieden;
Satzungsänderung gem.
Generalversammlungsbef-
chluss vom 30. März 1928.
Radolfzell, 27. April 1928.
Bad. Amtsgericht. I.

Staufen. R.89
Handelsregisteramt
Abt. A
D.-3. 163. Neueintragung:
Anna Tade, Kolonialwaren
und chemische Produkte en
gros & en détail in Staufen.
Inhaber ist Anna Tade in
Staufen. Dem Kaufmann
Karl Tade in Staufen ist
Prokura erteilt.
Staufen, den 1. Mai 1928.
Amtsgericht.

Willingen. R.51:
Eintrag zum Handelsre-
gister. A Bd. I D.-3. 115,
Firma Wilh. Rintwald in
Willingen: Die Gesellschaft
ist aufgelöst. Der bisherige
Gesellschafter Emil Hugo
Rintwald, Kaufmann in

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 30. März 1928 ist die Satzung in Artikel 16 (Teilnahme an der Generalversammlung) und in Artikel 31 (Befugnis des Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats) geändert.
Offenburg, den 26. April 1928.
Amtsgericht. 2.

Offenburg. R.59
Handelsregisteramt
Abt. A Bd. II D.-3. 110
E. 223 zu Firma Metz &
Schmidt, Schloß- u. Metall-
warenfabrik in Offenburg:
Die Firma ist erloschen.
den 26. April 1928.
Bad. Amtsgericht. 2.

Offenburg. R.81
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-3. 48 E. 307
Firma Bh. Deitreich &
Co. G. m. b. H., Zweignie-
derlassung Offenburg in
Offenburg als Zweignieder-
lassung des Hauptgeschäfts
mit dem Sitz in Mannheim.
Rudolf Deitreich ist nicht
mehr Geschäftsführer.
Offenburg,
den 7. Mai 1928.
Bad. Amtsgericht.

Offenburg. R.101
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-3. 21
Seite 133: Firma Ottenauer
Feigwarenfabrik Drumm & Co.
G. m. b. H., Appenweier.
Die Gesellschaft ist aufge-
löst. Liquidation ist nicht
erforderlich, da keinerlei
Vermögen vorhanden ist.
Die Firma ist erloschen.
Offenburg, 11. Mai 1928.
Badisches Amtsgericht.

Radolfzell. R.52
Handelsregisteramt
II D.-3. 199: Firma Ed-
ling Frech, Gipsergeschäft in
Singen a. S. Persönlich
haftende Gesellschafter: Jo-
hann Schilling und Albert
Frech, beide Gipser in Sin-
gen. Offene Handelsgesell-
schaft, errichtet am 26. No-
vember 1926.
Radolfzell, 28. April 1928.
Bad. Amtsgericht. I.

Radolfzell. R.53.
Handelsregisteramt
Bd. II D.-3. 13 bei der
Firma Rheinische Creditbank
Niederlassung Singen, Haupt-
sitz Mannheim: Dr. Lud-
wig Janzer ist aus dem
Vorstand ausgeschieden;
Satzungsänderung gem.
Generalversammlungsbef-
chluss vom 30. März 1928.
Radolfzell, 27. April 1928.
Bad. Amtsgericht. I.

Staufen. R.89
Handelsregisteramt
Abt. A
D.-3. 163. Neueintragung:
Anna Tade, Kolonialwaren
und chemische Produkte en
gros & en détail in Staufen.
Inhaber ist Anna Tade in
Staufen. Dem Kaufmann
Karl Tade in Staufen ist
Prokura erteilt.
Staufen, den 1. Mai 1928.
Amtsgericht.

Willingen. R.51:
Eintrag zum Handelsre-
gister. A Bd. I D.-3. 115,
Firma Wilh. Rintwald in
Willingen: Die Gesellschaft
ist aufgelöst. Der bisherige
Gesellschafter Emil Hugo
Rintwald, Kaufmann in

Badisches Landestheater

Dienstag, 15. Mai 1928
* 25 Th.-Gem. 601 — 700

Ottobering

von Georg Kaiser
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Coste Schulze
Catherine Bertram
Jean-Marc Dahlen
Frau Jantefaug
Frauendorfer
Brand
Prüter
Anfang 20 Ende 21 1/2
I. Rang und I. Sperrsitze
5 RM

COLOSSEUM

Vom 1. — 15. Mai täg-
lich 8 Uhr abends
Sonntag nachmittags
4 und abends 8 Uhr

Brasilianische Revue

Sascha Morgowa